

Verein zum Schutz von Landschaften, Wäldern, Wildtieren und Lebensräumen



Naturschutzinitiative e.V. (NI) - Am Hammelberg 25 - D-56242 Quirnbach/Westerwald

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

per Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62
per E-Mail: poststelle@bmel.bund.de

Naturschutzinitiative e.V. (NI)

unabhängiger gemeinnütziger
Naturschutzverband
bundesweit anerkannter Verband
nach § 3 UmwRG

Geschäftsstelle

Am Hammelberg 25
D-56242 Quirnbach/Westerwald
Telefon +49 (0) 26 26 - 926 477 0
Telefax +49 (0) 26 26 - 926 477 1
Email info@naturschutz-initiative.de

www.naturschutz-initiative.de

Vertretungsberechtigte

Harry Neumann, Bundesvorsitzender
Dr. Ulrich Althausen und Sylke Müller-Althausen,
stv. Bundesvorsitzende

31.08.2020

Ackerbaustrategie 2035 - Stellungnahme der Naturschutzinitiative e.V. (NI)

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden nehmen wir Stellung zur Ackerbaustrategie 2035:

Grundsätzlich ist die Auseinandersetzung mit den bestehenden ökologischen Problemen und den Einflussfaktoren der Landwirtschaft zu begrüßen. In der vorliegenden Ackerbaustrategie werden die wesentlichen Themen gut zusammengefasst und ein Überblick über die Handlungsgebiete ermöglicht. Der dem System zugrunde liegende Konflikt wird teilweise nur einseitig und das System selbst als alternativlos dargestellt. Ein landwirtschaftliches System, das die Versorgungssicherung unter ökologischen Produktionsmethoden zum Wohle aller sowie zukünftiger Generationen gewährleistet, wird nach wie vor nicht thematisiert. Die Strategie setzt weiterhin die Gewinnmaximierung bei gleichzeitig preisgünstigem Nahrungsmittel zum Ziel, ohne aber die tatsächlichen Kosten (externe Kosten infolge von z.B. Luft-/Wasserverschmutzung, Bodenschädigung, Klimabelastung, Verlust an Biodiversität, Artensterben) des Systems abzubilden. Die Betrachtung des landwirtschaftlichen Systems ausgehend von tatsächlichem Bedarf unter Einhaltung von ökologischen Anforderungen, woraus dann Ziele und Handlungsanweisungen entstehen, werden nicht vorgenommen.

Fruchtfolge

Am Beispiel des Handlungsgebietes Fruchtfolge wird die momentane Situation richtig beschrieben: Der Anbau konzentriert sich im Wesentlichen auf einige wenige Kulturen, die aufgrund ihrer Anbaudichte zu erheblichen Problemen führen. Natürlich bauen Landwirte die Ackerfrüchte an, womit die höchsten Erlöse erzielt werden können. Ein Abwägen zwischen den Einflussfaktoren (Boden, Wetter/Klima, Standort, Kultur) sowie die Schaderregerabwehr durch Vielfalt spielen dabei eine zunehmend untergeordnete Rolle, da dies in der modernen Landwirtschaft über Saatgut, Pflanzenschutz und Düngung vermeintlich reguliert werden kann.

Eine Methode, die in einer weiteren also abwechslungsreicheren Fruchtfolge resultiert, wird in den Maßnahmen nicht aufgezeigt. Auch alternative Anbauprozesse wie Agroforst-Systeme finden keine Erwähnung.



Die immer wiederkehrende Forderung nach mehr Forschungsbedarf ist nicht gerechtfertigt. Vielmehr bedarf es endlich einer Umsetzung der umfangreich vorliegenden Erkenntnisse und einer Loslösung von rein wirtschaftlichen Interessen.

Düngung

Bei dem Thema Düngung ist zu kritisieren, dass die grundsätzliche Überlastung landwirtschaftlicher Flächen, insbesondere an Stickstoff, in der Ackerbaustrategie keine Erwähnung findet.

Die Stickstoffgaben liegen, unabhängig davon, ob als mineralischer Dünger oder organisch, weit über dem Aufnahmevermögen der angebauten Kulturen. Ertragspotentiale werden, anders als in der Ackerbaustrategie erläutert, nur dann optimal ausgeschöpft, wenn alle Standortfaktoren (unter anderem die Witterung) dem Bedarf der Kultur entsprechen. Allein mit Dünger ist das nicht zu erzielen. Die zunehmend von Dürre betroffenen Regionen, wo im Speziellen die Qualitätsdüngung aufgrund der nicht vorhandenen Bodenfeuchtigkeit nicht realisiert werden kann und später mit eintretender Bodenfeuchtigkeit in andere Bereiche der Umwelt verlagert werden, ist als problematisch zu betrachten und technisch nicht lösbar. Auch hier wird auf den weiteren Forschungsbedarf hingewiesen und im Wesentlichen auf den technischen Fortschritt gebaut, was das grundsätzliche Thema verfehlt.

Diese Zusammenhänge stellen sich in Regionen mit Massentierhaltung verglichen mit reinen Ackerbauregionen natürlich noch gravierender dar. Doch auch hierzu fehlen jegliche zielführenden Maßnahmen, wie z.B. Reduktion der Tierbestände bzw. die Kopplung der Tierzahlen an die Flächengröße der Betriebe. Erstrebenswert wäre auch hier die Kreislaufwirtschaft. Es könnten so viele Tiere gehalten werden, wie von der Betriebsfläche zu ernähren sind und deren organischer Dünger dann auch wieder von den betrieblichen Flächen aufgenommen werden.

Grundsätzlich muss die Stickstoffdüngung massiv reduziert werden.

Pflanzenschutz

Bei dem Thema Pflanzenschutz wird bereits bei der Erläuterung des Zielkonfliktes eine Alternativlosigkeit suggeriert, die in dieser Form nicht besteht. Der hohe Schaderregerdruck, wie er in der konventionellen Landwirtschaft auftreten kann, wird im Wesentlichen durch das System an sich herbeigeführt. Global uniformiertes Saatgut, das nicht an regionale Umweltfaktoren und Krankheitserreger angepasst ist, auf Höchstleistung getrimmt und in großen Monokulturen angebaut wird, führt gezwungenermaßen zu großen Vorkommen an Schaderregern, gegen die moderne Kulturpflanzen wenig Widerstandskraft aufweisen.

Entsprechend der alternativlosen Darstellung des Produktionssystems mangelt es den Zielen und Maßnahmen an tatsächlichen Handlungen. Es werden große Erwartungen an die Industrie gestellt, was zukünftige Technik und Pflanzenschutzmittel leisten sollen, ohne dass eine angemessene Zeitschiene, an die die Umstellung des Produktionssystems gekoppelt ist, festgelegt wird. Einzig der Glyphosatausstieg wird auf 2023 fixiert. Wünschenswert wäre es, diesen Punkt bereits unter den Maßnahmen zu sehen und nicht nur als Ziel formuliert. Fragen muss man sich auch, welche Unternehmen die zukünftigen Pflanzenschutzmittel entwickeln sollen, die auf ein Minimum reduziert werden oder ganz verschwinden sollen.

Desweiteren muss das bisherige Zulassungsverfahren von chemischen Pflanzenschutzmitteln überdacht und grundlegend geändert werden. Ein Debakel, wie mit den Neonicotinoiden und deren desaströse Auswirkungen auf das Ökosystem bei gleichzeitiger Beteuerung der Industrie, dass kein Schaden zu erwarten sei, gilt es in Zukunft zu verhindern.

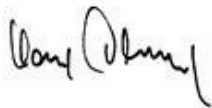
Alles in allem ist die Ackerbaustrategie ein umfangreiches Werk, das die Probleme der modernen landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland beschreibt. Zu kritisieren ist, dass der Blick auf potenzielle zukünftige Veränderungen allein aus Sicht der industriellen Produktion mit dem Ziel der Ertragsmaximierung dargestellt wird, in der jede Interessensgruppe der Agrarlobby nach wie vor ihren Platz findet. Die Strategie erscheint wie eine Aneinanderreihung von unzähligen, nicht näher definierten Absichtserklärungen ohne zeitlichen Rahmen. Um regionale Märkte zu erschließen, muss auch entsprechend vielfältig und lokal produziert werden. Dem steht allerdings die industrielle Produktion der spezialisierten Großbetriebe entgegen. Unter dem bestehenden Subventionssystem werden zukünftig nur diese erhalten bleiben.

Ein klares Bekenntnis zu einer sozialverträglichen, ressourcen- und umweltschonenden Landwirtschaft zur Versorgungssicherung der Bevölkerung fehlt. Kleine und mittlere Betriebe müssen im Mittelpunkt zukünftiger Produktionssysteme und den zugehörigen Förderprogrammen stehen, um einen kleinstrukturierten, vielseitigen und somit abwechslungsreichen Anbau zu gewährleisten.

Seit den 70er Jahren ist, außer durch die Wiedervereinigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, die Bevölkerung in Deutschland nur unwesentlich gewachsen. Gleichzeitig sind die landwirtschaftlichen Erträge um ein Vielfaches gestiegen. Diese Produktivitätssteigerung ist also nicht auf ein Mehr an Bedarf zurückzuführen, sondern dient vor allem dem Export von billigen Agrarerzeugnissen. Um die Bevölkerung in Deutschland zu ernähren, benötigen wir jedoch keine weiteren Produktivitätssteigerungen.

Produktivitätssteigerungen zu Gunsten des Exports sind nicht zu verantworten, da die daraus resultierenden weiteren Klimaschädigungen, Zerstörung der Artenvielfalt und Zerstörung von kleinbäuerlichen Strukturen mittel- bis langfristig zum Entzug der hiesigen Lebensgrundlagen führen.

Mit freundlichen Grüßen



Harry Neumann
Bundesvorsitzender



Christine Kern, Dipl.-Ing. agr.
Fachbeirätin Landwirtschaft